

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden.
Dresdener-Commerznummer 25 241.
Für die Nachdruckgebühr: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich M. 30.—, über durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich M. 30.—.
Die 10spaltige 2. und 3. Seite M. 9.—, außerhalb Schloßes M. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige An- und Verhändler 25% Nachsch. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Anzeigen des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichert in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Kampf zwischen Poincaré und Lloyd George

Poincaré fordert produktive Pfänder.

Paris, 8. August. Der Sonderberichterstatter des „Cenore“ spricht von einem scharfen Zusammenstoß auf der gestrigen Konferenz. Poincaré habe sich so weit vertrieben, zu sagen, Frankreich werde, wenn es sein müsse, seine Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland zurücknehmen. Alle Anwesenden seien über diese brutale Offensive erstaunt gewesen. Lloyd George habe ziemlich heftig geantwortet. Poincaré habe geflüstert, daß er zu weit gegangen sei, und in der Nachmittagsitzung eine fast konziliante Sprache geführt. Die anderen Mitglieder der Konferenz hätten sich bemüht, die gewittertschwangere Atmosphäre zu läutern.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt: Die Engländer glauben, Deutschland Zeit zum Verschnaufen zu lassen, sei die beste Art, es zum Zuhören zu bringen. Die Franzosen seien der Ansicht, je länger man warte, desto mehr werde das weniger zahlungsunfähige als widerpenntige Deutschland sich seiner Verpflichtungen entziehen. Die Berichterstatter des „Petit Parisien“ und des „Petit Journal“ hätten übereinstimmend die Aussichten einer Verständigung für ungewiss.

Nach dem „Matin“ verlangte Poincaré in der gestrigen Sitzung als produktive Pfänder von Lloyd George die Zollentnahmen, Staatsbesitz und Wiederaufrichtung einer Zollbarriere östlich der belgischen Gebiete unter Einschluß der Kohlen- und Industriegebiete der Ruhr. Nach dem gleichen Blatte erklärte Poincaré: Wir wollen über die Modalitäten verhandeln. Aber diese Konferenz werden wir nicht verlassen, ohne den Grundriss der produktiven Pfänder anerkannt zu sehen, da sich sonst die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs erheben würde. (W. L. B.)

Poincarés Programm in sieben Punkten.

- London, 8. Aug. Die Blätter lassen die Vorschläge Poincarés in folgenden sieben Punkten zusammenfassen:
1. Kontrolle der Reichsbank;
 2. Kontrolle der Aus- und Einfuhr;
 3. Kontrolle des Devisenhandels in Deutschland;
 4. Sonderversicherung der Ruhrkohle zugunsten der Reparationsfälle;
 5. Wiederherstellung der inneren Zollgrenze im besetzten Gebiet für 1921/22 und östlich der Ruhr wegen der neuen Kohlensteuer;
 6. Kontrolle der Einnahmen aus staatlichen Bergwerken und Wäldern;
 7. Beteiligung an der deutschen Industrie durch Vermehrung des Aktienkapitals um 26 Prozent und Abgabe dieser neuen Aktien an die Reparationskommission.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ analysiert die Wirkung der Vorschläge Poincarés und meint, wenn sie angenommen werden, müßte eine ungeheure Anzahl interallierter Kommissionen ihren

Zirkel in Berlin nehmen, um Reichsbankdevisenmarkt, Ex- und Importabgabe, sowie Einnahmen aus großen Wäldern und Domänen zu überwachen. Die Pläne Poincarés über die Kontrolle der deutschen Finanzen seien so weitgehend und so tief einschneidend, daß ein englischer Diplomat darüber bemerke, es wäre möglich, daß der Teufel selbst die Regierung in Berlin übernehme, wenn sie richtig durchgeführt werden sollte.

Englands Kritik an den Pariser Plänen.

Paris, 8. August. Der „Matin“ meldet aus London, man habe dort den Eindruck, daß Poincarés wahrscheinlich einen Teil seiner Forderungen durchsetzen werde. In einigen Punkten werde er dagegen Schwierigkeiten begegnen, so glaube man nicht, daß die Forderung nach der Sonderbesteuerung der Ruhrkohle und nach der Wiederherstellung der Marktzölle, wie sie als Sanktionsmittel schon einmal inssofern gemacht habe, angenommen würde. Uebrigens seien die Forderungen Poincarés durchaus nicht als unprozentiges Ultimatum zu verstehen. Er sei in Einzelheiten durchaus bereit, entgegenzukommen zu zeigen. Auch andere Pariser Blätter berichten, die Engländer dächten sehr skeptisch über das Programm Poincarés. Einzelne der Forderungen würde man Poincaré vielleicht nachgeben, die übrigen dagegen fallen lassen.

Die militärischen Vorbereitungen Frankreichs.

Berlin, 8. August. Dem „Tag“ wird aus Köln gemeldet: Die französische Detachmentsbrigade in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hat Befehl zur Bereitschaft erhalten und soll, ausschließlich mit französischen Truppenteilen, die Bonn- und das dahinterliegende Gebiet links des Rheines besetzt haben, dem französischen General Nielles unterstellt werden, der in Düsseldorf das Kommando übernommen hat und die mitten in den drei Ruhrhöfen liegenden Truppenteile ins Ruhrgebiet führen soll. Diese Maßnahmen sollen sich zunächst nur auf die Städte Essen und Mülheim erstrecken und angeblich erst stattfinden, wenn andere Maßnahmen gegenüber Deutschland fruchtlos geblieben sind. Eine Verstärkung des Augenblicks in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort befindlichen Truppenkontingents ist aus Anlaß der Grenzaktion zunächst nicht vorzusehen. Auch die belgischen Truppen werden sich an ihre zunächst nicht beteiligen, aber sich zur Verstärkung und Unterstützung der Franzosen im Bedarfsfall in ihren Garnisonen bereithalten. Das englische Oberkommando am Brixenposten Köln soll von der geplanten französischen Polizeiaktion und ihrem Charakter unentrichtet und anstandslos worden sein. Englische Offiziere zu den französischen Truppenteilen zu kommandieren und sich davon zu überzeugen, daß die Aktion nicht über den Rahmen einer einfachen Polizeiaktion hinausgehe. Der englische Oberkommandierende soll aber die französische Aufforderung mit dem Bemerkten abgelehnt haben, hierzu keine Anweisung seiner Regierung zu befehlen.

Die neueste Entwicklung der griechisch-türkischen Frage

von Thrasubulos D. Argyropoulos.
Als vor mehreren Wochen der neue Oberkommandierende der griechischen Streitkräfte, General Chadzianofris, den Oberbefehl übernahm, deuteten verschiedene Zeichen daraufhin, daß eine neue Phase in der Kriegsführung bevorstände. Die im Frühjahr mit starken Trompetentönen angekündigte, mit Fortschrittsbeeren ausgeschattete semalitische Offensive blieb aus — ein Zeichen der Schwäche. Keinesfalls soll im eigenen Lager mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, auch macht die finanzielle Verfallung der griechischen Operationen dem Gewaltigen von Angora, trotz der Entleerung griechischer Vermögen in seinen Gebieteilen, viel Kopfzerbrechen. Die russische Hilfe kann als eine ziemlich platonische angeschlossen werden, dank der Tätigkeit der griechischen Flotte im Schwarzen Meer sind die Subsidien an Kriegsmaterial seitens der europäischen Staaten unbefriedigend.

Aber auch Griechenland war militärisch nicht weiter gekommen, abgesehen von der Verlegung der Zone am Mäander Fluß, südlich Smirna, welche die Italiener vor Monaten geräumt hatten. Die Friedensverträge der europäischen Kontrahenten des Sevres-Vertrages hatten zu keinem Resultat geführt, so drängte Regierung und öffentliche Meinung in Hellas zu einer Aktion, die einen erfolgreichen Abschluß des Krieges herbeiführen soll. Militärisch ist das griechische Heer nach wie vor vom besten Weite besetzt, seine Ausrüstung und Verpflegung ist gut. Die finanzielle Lage des Staates ist naturgemäß nach so langer Kriegsführung eine schwierige, jedoch schon durch das Einkommen von fruchtbareren Provinzen und durch die große Opferwilligkeit des Volkes, durchaus keine ernie. So konnte zu einem großen Schlag ausgeholt werden. Die Disziplinierung der griechischen Truppen nach Thrasubulos steht sich unbehindert, sie befinden sich dort in einer Provinz mit griechischer Verwaltung.

Falls türkische Streitkräfte nach Konstantinopel und seiner Umgebung herangezogen werden, so kann ihr Abmarsch durch den Nordflügel des griechischen Heeres in Kleinasien und ihr Seetransport durch die griechische Flotte bedroht werden; eine Entladung der kleinasiatischen türkischen Front birgt außerdem für die Kemalisten unangenehme Folgen in sich. Die Frage, ob eine Verlegung Konstantinopels durch Griechenland erfolgen kann, ist eine rein politische, in der England das Nachwort sprechen dürfte.

Hand in Hand mit den strategischen Entschlüssen unternahm die griechische Regierung einen bedeutungsvollen politischen Schritt durch die Autonomie-Erklärung des Vilajets Smirna; er findet — dies sei besonders betont — die freudige Unterstützung der dort wohnenden produktiven türkischen Stände; die bereits seit Monaten bestehende Verwaltung würde nacheinander beseitigt und ausgebaut werden, die zahlreichen dort arbeitenden fremden Unternehmer und Geldgeber könnten auf Beständigkeit der Verhältnisse rechnen und die vielen vorhandenen Faktoren des Wohlstandes im wachsenden Maße beleben. Trotz des Widerstrebens der Interessierten ist Aussicht vorhanden, daß diese Lösung auch den beteiligten Großmächten annehmbar erscheint; die beträchtliche Deeres- und Postleistung, die Griechenland zur Aufrechterhaltung der Ordnung — wenigstens in den ersten Jahren — dort zur Verfügung halten muß, kommt gegenüber des Ueberflusses zur Kultur dieser von Natur reichen Landschaft wenig in Frage.

Jede kräftige nationale Politik — und als solche kann die der konstantinischen Regierung angesehen werden — muß sich durch das Beharrliche der sich entgegenkommenden Widerwärtigkeiten einen Weg bahnen. Realpolitische Einsicht wird daher die Unterfütterung oder Tüddung des so hart in diesen Fragen interessierten Englands nicht zu hoch schätzen, wird aber trotzdem den bestmöglichen Vorteil aus dieser „Interessiertheit“ zu ziehen suchen.

Vor dem Beginn der Berlin-Münchener Verhandlungen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
München, 8. Aug. Wenn diese Zeilen erscheinen, hat bereits der Ministerrat getagt und seine letzten Entschlüsse für die Verhandlungen in Berlin über die Beilegung der Differenzen wegen der Reichsfinanzgesetzgebung gefaßt. Im Prinzip kann gesagt werden, daß Bayern nicht barinadig auf seiner Sonderverordnung bestehen will und auch nicht bestehen wird, aber Berlin muß eine grundsätzliche Gewähr dafür bieten, daß die letzten Reste der Subsidienrechte der Länder nicht länger Spielball von Reichstag und Reichsregierung sind. Die Forderungen, die Bayern nach dieser Richtung in Berlin bei den Verhandlungen stellen wird und muß, drehen sich um die Befestigung jener Weiden, die gegen das Weseg zum Staatsgerichtshof und gegen das Reichskriminalpolizeigesetz bestehen. Vier werden die Ansichten hart aufeinander stoßen, und es ist gut, wenn man sich in Berlin von vornherein klar wird, daß es für die bayerische Kommission kein Nachgeben gibt und auch nicht geben kann. Nach dem Ministerrat wird dann die Regierung heute mit den Führern der Regierungskoalition über die Zusammenfassung der nach Berlin zu entscheidenden Kommission beraten. Von den Ministern dürften, wie wir schon andeuten konnten, dabei kein der Ministerpräsident Graf Verheulden, der Minister des Innern Dr. Schwepfer und der neue Justizminister Würzner. Es ist damit zu rechnen, daß auch die notwendigen Fachreferenten mitreisen. Parlamentarier braucht man in Berlin nicht zu erwarten. Sie haben dabei auch nichts zu suchen. Wenn die Verhandlungen in Berlin bereits am Donnerstag abgeschlossen sein werden, wird die Kommission nach München zurückkehren und erst der Regierungskoalition Bericht erstatten, um von ihr die Genehmigung zum Abschluß einzuholen.

Die bayerische Kommission wird heute abend von München abreisen. Sie kommt mit dem Willen zur Verständigung nach Berlin, aber sie hat in ihrem Portefeuille die bestimmte Warnung, die letzten

Deutschlands Haltung zu den Zwangsmaßnahmen.

Der Standpunkt der Reichsregierung gegenüber den Retorsionen.

Berlin, 8. August. Im Reichskabinett wurden gestern nachmittags die von der französischen Regierung beschlossenen Retorsionsmaßnahmen besprochen. Wie die Blätter von ausländischer Seite hören, kommen für die Beurteilung folgende Gesichtspunkte in Betracht: Die in Punkt 1 der französischen Note enthaltene Weisung an die Ausgleichsamter in Paris und Straßburg, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuheben, widerspricht nicht nur dem Grundriss der Weinenheitlichkeit, sondern auch dem Versailler Vertrage, in dem vorgesehene ist, daß das Schuldverhältnis dem Gläubigeramt binnen einer angemessenen Frist die anerkannten Forderungen befriedigend hat. In Punkt 2, nach dem die Ausgleichsamter jede Entschädigungsabgabe für deutsche Rechnung andeuten, ist zu sagen: In einem Abkommen vom August-September 1921 hatte sich Frankreich verpflichtet, die Entschädigungsabgabe, die Deutschland zu zahlen hat, aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums zu zahlen. Nach Punkt 3 dürfen die französischen Ausgleichsamter den Erlös aus der Liquidation des deutschen Eigentums in Frankreich nicht mehr befehligen. Nach dem Versailler Vertrage hat aber Frankreich den liquidierten Erlös dem deutschen Ausgleichsamter auszuschreiben. In einem ergänzenden Abkommen vom April 1921 ist festgelegt, daß die französischen Ausgleichsamter spätestens in 3 Monaten nach der Liquidation dem deutschen Ausgleichsamter die Gutschrift mitteilen. Also auch hier liegt eine glatte Verletzung bindender Verpflichtungen vor. Das Verbot der Wöbelausfuhr aus Elsaß-Lothringen bedeutet einen Bruch des Baden-Badener Abkommens.

Berlin, 8. Aug. Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, bereitet die Reichsregierung auf Grund des Rechtsgutachten, dessen Wortlaut heute veröffentlicht wurde, einen Protest gegen die französischen Retorsionen vor. In welcher Form dieser Protest ergehen wird, ob in Gestalt einer Note, einer Kundgebung durch die Presse oder in einer dritten Form, hebe jedoch noch nicht fest und bilde den Gegenstand von Beratungen zwischen den beteiligten Ressorts.

Auslegung der Retorsionen?

Zürich, 8. Aug. Schweizer Zeitungen berichten, daß Poincaré auf Grund der bisherigen Verhandlungen mit Lloyd George die zuständigen Pariser Stellen angewiesen habe, die Retorsionen gegen Deutschland vorläufig noch auszulassen.

Ein deutscher Hilferuf an England.

London, 8. Aug. „Daily News“ teilt mit, daß die deutsche Regierung einen Sonderbeauftragten nach London entsandt habe, der eine Note der deutschen Regierung überreichen soll. In dieser Note wird Lloyd George gebeten, dafür einzutreten, daß keine Maßnahmen beschloßen werden, die Deutschland zur Verzweiflung treiben müßten. Die deutsche Regierung erhalte die Alliierten, nicht an dem guten Willen Deutschlands zu zweifeln. Deutschland sei bereit, die Wiederherstellungsabgaben zu leisten, aber man müsse Geduld mit Deutschland haben. Es brauche eine Klumpsumme. Die Regierung wäre durch die Politik der Zwangsmaßnahmen in ihrem Bemühen, die Demokratie in Deutschland zu befestigen, immer wieder gehindert worden. Die durch die Reparationspolitik hervorgerufenen Schwierigkeiten hätten bereits eine große Zahl von Deutschen aus dem Lager der Demokraten heraus und in das der reaktionären Parteien getrieben. Die deutsche Regierung weise ferner darauf hin, welche Dienste Deutschland Europa und der Menschheit geleistet habe, indem es ein Bollwerk gegen den Bolschewismus gebildet habe. — Wie eine Berliner Zeitung hierzu erzählt, weist der Staatssekretär Bergmann in London mit dem Auftrag, mit den dortigen maßgebenden Kreisen Fühlung zu nehmen.

Bergmanns Londoner Tätigkeit nur in Privatdiensten?

Berlin, 8. Aug. Die Meldung der „Daily News“, daß die deutsche Regierung einen Sonderbeauftragten nach London entsandt habe, der eine Note der deutschen Regierung überreichen soll, und die daran gefolgte Mitteilung eines Berliner Blattes, daß der Staatssekretär a. D. Bergmann sich in London in amtlichem Auftrag aufhalte, wird von der zuständigen Berliner Stelle als unzutreffend bezeichnet. Staatssekretär Bergmann befinde sich in Berlin und habe keinerlei amtlichen Auftrag, die Lage Deutschlands den Alliierten nochmals darzulegen. Im Gegenfall zu diesen Mitteilungen der zuständigen Reichsstelle stehen Mitteilungen der „A. Z.“, wonach sich Bergmann tatsächlich zurzeit in London befinde. Seine beruflichen Aufgaben — Staatssekretär Bergmann steht jetzt im Dienste der Deutschen Bank — wie die Inanspruchnahme durch die Reichsregierung bei besonderen Anlässen als Sachverständiger führten ihn sehr häufig von seinem Wohnsitz nach dem Haag, nach Paris und nach London.

Dollar (Amtlich): 763